Fränkische Landeszeitung, 1. Mai 2008

Ackermann: Nicht genug für Rechte der Bauern eingesetzt

Streit um Einsatz der Stadt

Rechtsreferent: Bei Enteignungsverfahren kaum Einfluss

ANSBACH (fri) – Die Stadtverwaltung habe sich nicht ausreichend für die Rechte der von der Enteignung bedrohten Katterbacher Landwirte eingesetzt. Zu diesem Schluss kommt die Landtagsabgeordnete der Grünen, Renate Ackermann, vor dem Hintergrund des nun angelaufenen Enteignungsverfahrens (wir berichteten). Bei der Stadt widerspricht man diesem Vorwurf. Wirkliche Möglichkeiten, das Enteignungsverfahren zu verhindern, habe man nicht gehabt, sagen sowohl Rechtsreferent Rainer Stache wie auch der CSU-Abgeordnete Klaus Dieter Breitschwert.

In dem vergangene Woche angelaufenen, nicht öffentlichen Verfahren bei der Regierung war nach Aussagen von Beteiligten bekannt geworden, dass die Stadtverwaltung im Rahmen eines 2004 laufenden Anhörungsverfahrens keinen prinzipiellen Einspruch eingelegt hatte. In dem Verfahren hatte die Staatskanzlei offenbar Beteiligte zu ihrer Ansicht zu den Absichten der US-Amerikaner befragt, auf dem Bauernland östlich der Kaserne einen neuen Eingangsbereich und Kfz-Stellplätze zu errichten.

Weder die Stadträte noch der Oberbürgermeister hätten damals die Möglichkeit wahrgenommen, dem Verfahren grundsätzlich zu widersprechen, wirft deshalb die Landtagsabgeordnete nun den Verantwortlichen vor. Damit habe die Stadt ihren Bürgern geschadet, sagt Ackermann. Das nicht-öffentliche Enteignungsverfahren lasse im übrigen den Schluss zu, „dass man etwas zu verbergen hat".

Der Ansbacher Rechtsreferent Rainer Stache widerspricht der Einschätzung der Grünen-Abgeordneten. Tatsächlich sei die Stadt nur gehört worden, habe keinerlei Entscheidungsrechte gehabt und deshalb nur die Möglichkeit genutzt, eine Verbesserung der geplanten und unzureichenden Entschädigung der Landwirte zu fordern. „Mehr Möglichkeiten hat man nicht", sagte der Rechtsreferent. Wenn die US-Amerikaner aus militärischen Gründen einen Landbedarf anmelden, sei mit den rechtlichen Möglichkeiten einer Kommune eine Enteigung nicht zu verhindern, bestenfalls positiv zu beeinflussen.

Widerstand „illusorisch"

Das sieht auch der Landtagsabgeordnete Klaus Dieter Breitschwert (CSU) so, der sich ebenfalls zu Wort gemeldet hat. Im Gegensatz zu seiner Landtagskollegin sagt Breitschwert, prinzipieller Widerstand wäre illusorisch gewesen. Er habe seine Aufgabe deshalb darin gesehen, das Beste für die Bauern herauszuholen. Er werde weiter seinen Einfluss geltend machen, um dies zu ermöglichen.